

Correspondent

Ersteinst
Donnerstag, Donnerstag
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 30. Juni 1896.

№ 74

Achtung! Bestellungen auf das III. Quartal des Corr. wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Bekanntmachung.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung ist noch folgender Antrag eingegangen:

Die jetzige Tarifgemeinschaft als schädigend für die Gesamtheit abzulehnen, event. eine Urabstimmung durch die Mitglieder herbeizuführen.

Westmünde-Bremerhaven.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

16. Zu § 25 Abs. 2: Jedem Bezirke resp. jeder Mitgliedschaft steht es frei, einen stimmberechtigten Vertreter zu entsenden. Gausvorstände und nichtgewählte Teilnehmer haben nur beratende Stimme. Die Vertretung des Zentralvorstandes erfolgt auf Kosten der Allgemeinen Kasse; die Kosten des einzelnen Vertreters trägt der betreffende Wahlbezirk. Westmünde-Bremerhaven.

17. Falls der jetzige Tarif angenommen wird (event. durch Urabstimmung), zu beschließen: „Der wöchentliche Beitrag für Mitglieder in Städten und Orten unter 20000 Einwohnern wird entsprechend dem Mehrverdienst der Mitglieder der Großstadt herabgesetzt.“ Westmünde-Bremerhaven.

18. Die Generalversammlung wolle beschließen, keine Delegierten mit gebundenem Mandate zur Generalversammlung zuzulassen. Nürnberg.

19. Die Generalversammlung wolle beschließen, den Corr. an den Sitz des Zentralvorstandes zu verlegen. Nürnberg.

Vor Thoreschluss.

(Zu den Stichwahlen.)

Der Bruderwitz in den Reihen des Verbandes, der Kampf um das Prinzip, welches von nun an der Weiterentwicklung unserer Organisation die Wege ebnen soll, neigt sich zum Ende. Und wie sich die neueren Ereignisse geben, so muß der unbefangene Beobachter die Überzeugung gewinnen, daß der wegen seiner „Arenitz“ und mangelnden „tätigen Schulung“ von dem gesamten oberen Apparat der Verbandsmanöbrine in die Acht erklärte Corr. Redakteur mit seinem Kassandrauf doch im Rechte bleibt.

Ueberblicken wir einmal die Situation, wie sie sich nach den festgelegten, teils schroffen prinzipiellen Gegensätzen und nach den Entschlüssen und Erweiterungen der beiden streitenden Parteien, sowie nach der in der Versammlungsbeschlüssen zur Klärung gekommenen Meinung der Verbandsmitglieder einerseits und nach den neuerlichen Beschlüssen und Handlungen der Prinzipalvertreter andererseits ergibt.

Wir wollen nicht kränken und zugeben, daß der Verbandsvorsitzende mit seinen bekannten Maßnahmen und mit seiner Gewerkschaftspolitik das Beste des Verbandes gewollt; aber Kollege Döblin befindet sich dabei mit seinem Glauben in dem fatalen Irrtum, die Prinzipale würden sich auf seine und seiner Paladine Argumentation hin bei der künftigen Tariforganisation pure beugen, Gerechtigkeit vor der Billität, Humanität vor dem Selbstinteresse walten zu lassen. Er glaubt — und diesen Glauben wollen wir ihm als Verdienst anrechnen —, daß in dem von ihm so traulich geschilderten Paradiese der Tarifgemeinschaft neuerer Konstruktion Wolf und Schaflein friedlich nebeneinander grasen würden und fänden beide einmal einen schönen Broden, so würde der Wolf im moralischen Bewußtsein des mit dem Schafe geschlossenen Harmoniebundes, trotz seines unerfüllten Hungers, mit rührender Entschagung dem Schaf auch seinen Teil am Broden lassen. Das würde, in unsre Gewerkschaftsprofia übersezt, eine heroische Respektierung unserer Koalitionsrechte von seiten der Prinzipalenschaft bedeuten.

Aber was dann, wenn der Wolf in dem Streit um den begehrten Anteil am Broden seine Natur nicht ver-

leugnet und das vertrauensselige Schaf zerreiht? — Je nun, warum war das Schaf auch so dumm? — Wenn es einmal in den Zähnen des Wolfes steckt, dann ist es aus mit der süßen Friedensharmonie des Paradieses, aber auch aus mit dem Schafe! — Mit dürren Worten:

Geben wir unseren Prinzipalen mit einigem „Wenn“ und „Aber“ den kleinen Finger, um in Fragen unsers eigenen Lebensinteresses sie, unsere Brotgeber, mitzuraten und mitzutaten zu lassen, so werden sie uns bald ganz mit samt unsrer Schanze „Verband“ herabgerissen haben.

Als einzigen Beleg für die Verblendung des Zentralvorstandes in dieser Beziehung zitiere ich den dritten Absatz aus seinem Flugblatt an die Verbandsmitglieder. Er lautet: Und ist denn wirklich diese Tariforganisation nur ein politischer Trick, durch den die Koalitionsfreiheit nicht nur der Buchdrucker, sondern der gesamten Arbeiterschaft illusorisch gemacht werden soll? Ist es wahr, daß bei solch schnödem Unterfangen eure einstimmig gewählten Vertreter, Kollegen, dem Unternehmertume Helfersdienste geleistet haben! Wenn jene Absicht wirklich vorläge, wenn sie nicht bloß ein künstlich aufgebautes Schredgespenst wäre, müßten dann nicht die Prinzipale mit beiden Händen freudig dieses furchtbare Mittel ergreifen? Und doch ist die Abneigung dagegen in ihren Kreisen genau so groß wie in Gehilfenkreisen, sie ist so groß, daß schon bei den Beratungen selbst die Prinzipalvertreter sich zu der Erklärung gezwungen sahen, daß von der eventuellen Nichtverwirklichung dieser Tariforganisation ihrerseits die Geltung der vereinbarten Tarifpositionen nicht abhängen sollte. Und da sollen wir gebunden sein an diese Organisation, wenn wir sie nicht selbst vorteilhaft für uns halten?

Ich habe hierbei die sorglosesten Stellen gesperrt, um Kollegen Döblin selbst und seinen Prinzipalanhängern in ihrem verzerrten Harmonieidol um so besser die Augen öffnen zu können mit dem Hinweis auf den Generalversammlungsbeschluss des Prinzipalvereins, der mit „gehobener Stimmung“ die Tarifabmachungen aufnahm und sanktionierte.

Und welche Antwort hatte die Leitung des Prinzipalvereins auf den Verschleppungsantrag, der diesmal von seiten der Gehilfenvertreter gemacht wurde, um vorher noch die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes in dieser Sache entscheiden zu lassen?

An entschiedener Zurückweisung ließ sie nichts er-mangeln, wie aus der diesbezüglichen Bekanntmachung der Gehilfenvertreter in Nr. 70 des Corr. ersichtlich.

Und wie verhielten sich Zentralvorstand und Gehilfenvertreter gegenüber dieser unabweislichen Abweisung?

Es rüchte sich an ihnen der bekannte Spruch: „Das ist der Hund der bösen That!“ — Diejenigen, welche in den Iden des März die überall mächtig auf-flammende Kampfbegeisterung der deutschen Kollegen-schaft in vornehm ignorierender Boreingenommenheit mit der lähmenden Phrase erstickten, „die Truppen seien zum Teil mutlos, das Meer nicht kampfbereit“, sie mühten in den Iden des Junius in Konsequenz ihres damaligen „eigen-mächtigen“ Mandats zum drittenmale in das laud-dinische Joch der Prinzipalvertreter kriechen.

Sie haben mit lauer-süher Miene in den kategorisch dargebotenen Apfel der sofortigen Einführung der Tarifabmachungen gebissen.

Wie konnten sie denn auch anders? — Wenn sie, als die Generale, die Armee der Gehilfen-schaft in eine Bewegung führten, mit der unausgesprochenen Absicht, bloß ihrem Oberfeldherrn einen diplomatischen Erfolg erringen zu helfen, in dem Augenblick, als dieser Erfolg erreicht (und — wie sie meinten — auch zum Nutzen der Gehilfen-schaft), wieder mit der bekannten Phrase zum Rückzuge bliesen ließen, so konnte es nicht anders gehen, wie es gekommen ist.

Wer seine Truppen im Moment der Vegetierung und Aktionsfreudigkeit als mutlos bezeichnet und dadurch zu willen- und machtlosen Marionetten degradiert, muß es sich auch gefallen lassen, im kritischen Moment als General ohne Armee und selbst als Marionette behandelt zu werden. Oder wollten die Gehilfenvertreter angefaßt der von ihnen ursächlich herausbeschworenen

unequivokalen Sachlage durch Wegbleiben von der Schlüssel-sung der Tarifkommission nachträglich doch noch einen aus-sichtslosen Streit der von ihnen als „mutlos und kampfunfähig“ bezeichneten Gehilfenmasse provozieren?

Sie mögen ihr Verhalten begründen, wie sie wollen: den Makel der Entwürdigung und Verbormundung der Kollegen-schaft können sie doch nicht von ihrer Handlungsweise während der letzten Bewegung abwischen! Und auch der Vorwurf bleibt ihnen nicht erspart, daß sie mit wahrhaft absoluter Souveränität so weitgehende Konzessionen machten, daß dieselben ein völliges Preisgeben unsrer Bewegungsfreiheit von Fall zu Fall bedeuten, unter der gleichenden Harmonie-maske „Tarifgemeinschaft“.

Gatten der Zentralvorstand und die Gehilfenvertreter das Mandat, unsre Bewegungsfreiheit in lähmende Fesseln schlagen zu helfen, nur um den Triumph eines armseligen, dazu noch größtentells sehr in Frage gestellten Erfolges mit nach Hause zu bringen? — Nein, gewiß nicht!

Das Gros der Kollegen-schaft hat deshalb, selbst in den Orten, welchen die Rühmung der neuen Abmachungen wurde, das Verhalten des Zentralvorstandes, der Gehilfenvertreter und nicht zum mindesten der Gausvor-sitzer in ihrer engbrüstigen Boreingenommenheit und Autoritätspielerei entschieden mißbilligt und die Tarif-abmachungen in ihrer jetzigen Form verworfen; größtentells jedoch ganz.

Und nun, nachdem er sieht, daß sein Hirs-Dunderliches Harmonieprinzip Gefahr läuft, in die Brüche zu gehen, kommt Kollege Döblin unter erneuter Verdrückung des Kollegen Gaisch dazu, von der Abnung eines „Innen-Flügels“ zu sprechen, der die Einigkeit von Deutschlands Buchdrucker systematisch zerstore! — Schübe, Schübe, gieb acht, daß der Welt nicht auf dich zurück-pralle! — Wie nahe liegt nicht die Möglichkeit, daß unsrer Zentralvorstand, wenn keine Anschaffung und sein System auf der demnächstigen Generalversammlung unter-liegt, mit dem Gedanken sich vertraut macht, mit seinen bisherigen Paladinen und übrigen Anhängern einen rechten Flügel zu bilden, um das hemmende Bleigewicht für die fernere freie und gesunde Entwicklung des Verbandes abzugeben!

Doch wir wollen keinen linken und keinen rechten Flügel. Wir wollen weiter nichts als unsre Koalitionsfreiheit gewahrt wissen, die unter dem Mitbestimmungsrechte der Prinzipalität in unseren Organi-sationsunternehmungen über kurz oder lang, aber sicher abgeschürt wird. Denn das ist doch sonnenklar und oft genug schon betont worden, daß die Prinzipalität, hat sie nur einmal die Gelegenheit, uns etwas dreinzureden, ihr wirtschaftliches Übergewicht sehr bald dahin geltend machen wird, uns ihre Interpretation, ihren Wunsch und Willen zum Evangelium und Geseze zu machen.

Das soll und darf nicht sein! — Einen derartigen Harmoniebund, der uns in allen Berufs- und Lohn-streitigkeiten der Zukunfte der Prinzipale unterstellt und gleichzeitig der anrühlichen Kletterstreberei und dem moralischen und prinzipiellen Renegatentum in unsrerer Reihen Thür und Thor öffnet, müssen wir entschieden weit von uns weisen. Um gegen eine solche unnatürliche Vereinbarung Front zu machen, braucht man kein „Schreier“, „Hezer“ und „Zweitachtstler“ zu sein, als welche Herr Döblin und seine Anhänger die Beschreter des freien Gewerkschaftsprinzipals so schön bezeichneten, von den „Besoffenen“ ganz zu schweigen.

Hoffen wir, daß die Wahlen zur Generalversamm-lung das Sterbegeläute für das mancherlei Gewerkschaftssystem Hirs-Dunderlicher Oberbanz bedeuten; daß daraus nur Männer hervorgehen, die für einen freien, aktionskräftigen Verband auf breiterer demokratischer Grundlage ihr Beto abgeben.

Fort mit der Autoritätspielerei und Selbstgefälligkeit der Verbands-spieler! — Fort aber auch mit der Schwarzoratele und Paschawirt-schaft des gegenwärtigen Gausvor-sitzersystems! Sie haben sich alle überlebt, trotz — oder viellecht gerade wegen — des breiten Spielraumes ihrer Vollmachten.

Der Zug der Zeit geht auf das Umfassende, das All-gemeine; die Massen der Verbandskollegen sind aufgestart genug — sie wollen majoren werden, selbständig

handeln, wo sie es für gut finden. Die Masse der Verbandskollegen ist die Autorität und die Berentsfunktionäre sind nur die vollziehenden und kontrollierenden Organe derselben.

Auch in diesem Sinne wird die künftige Generalversammlung Remedur schaffen müssen zum besten der gesunden Weiterentwicklung unserer Organisation auf dem Boden des freien Selbstbestimmungsrechtes in Lohnfragen.

Fort mit der Tarifgemeinschaft! — Treten wir als freie Gehilfenorganisation der Prinzipalsvereinigung gegenüber; sie wird uns dann mehr respektieren als wenn wir immer um Verhandlungen und diplomatische (oder sogenannten moralische) Erfolge bei ihr scharwenzeln!

Nicht bitten dürfen wir und um Verhandlungen er-suchen, wenn wir eine Forderung haben, sondern verlangen nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Gleichberechtigung unserer Organisation mit derjenigen der Prinzipale. Und was wir auf diese Weise erreicht, werden wir auch, Gewehr bei Fuß, stets zu erhalten wissen.

Auch der Staat wird mit der Zeit erkennen, daß die freie Gewerkschaftsorganisation eine Machtfaktor ist, der auf dem Gebiete der Arbeitsregulierung sein gutes Recht auf Erzielen hat, indem er der Konkurrenz ins Endlose, der Ausbeutung der Arbeitskraft bis aufs äußerste einen wirksamen Damm entgegensetzt im Interesse der Humanität und somit auch im Interesse einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung.

Sollte dieser Ausblick in die Zukunft dazu beigetragen haben, das gegenwärtige Feuer der Zwietracht innerhalb unserer Organisation zu dämpfen und den prinzipiellen Meinungsunterschieden den Weg zum Ausgleich zu zeigen, so lege ich meine Feder beruhigt weg.

Karlstraße.

J. Albrecht.

Zur Generalversammlung.

Die nächste außerordentliche Generalversammlung des V. d. B. wird sich hauptsächlich mit zwei Punkten zu beschäftigen haben, mit der Tarifgemeinschaft und dem Feldzuge des Corr.-Redakteurs gegen dieselbe. Ich will gleich hier bemerken, daß der letztere Umstand die eigentliche Veranlassung ist, daß der deutschen organisierten Kollegen-schaft wieder mehrere tausend Mark abgetropft werden, die wahrlich besser hätten verwertet werden können; denn unter normalen Verhältnissen hätte eine Urabstimmung über die getroffenen Tarifvereinbarungen sowie die Wahlen, besorgt von der Allgemeinheit, vollständig ge-nügt. Diejenigen Kollegen, welche sich über die m. E. vollständig legal zusammenberufenen Gaudvorsitzerkonferenzen mokiert haben, müssen sich also bei Herrn Gask für diese neuerdings ihnen auferlegten Opfer be-danken.

Doch zunächst das Sachliche.

Bei Beantwortung der Frage: Tarifgemeinschaft oder nicht? ist in erster Linie zu untersuchen, ob es über-haupt möglich sein wird, einen Tarif ohne Tarifgemein-schaft auf dem Wege der Verhandlung einzuführen.* Ich bin der Ueberzeugung, daß die organisierten Prin-zipale — und um diese kann sich's hierbei doch nur handeln — niemals auf einen derartigen Tarif ein-gehen werden: sie verlangen für gemachte Zugeständnisse wieder eine Zeit lang Ruhe, und niemand wird ihnen dies verargen können. Wenn also die Einführung eines Tarifs ohne Tarifgemeinschaft unmöglich ist, so bliebe nur deren Erzwingung — die sogenannte Diktatur — übrig; an eine solche kann aber nur gedacht werden, wenn eine wohldisziplinierte Organisation einer unorganisierten Masse gegenübersteht. Dies ist aber durchaus nicht der Fall, und eine Desorganisation — wie sie in unseren eignen Reihen jetzt mehr und mehr um sich greift — ist bei den Prinzipalen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Jeder halbwegs vernünftige Kollege wird also unter diesen Umständen von einer „Diktatur“ absehen und den Weg des Verhandeln vorsehen. Je mächtiger, je achtung-gebender nun dabei eine Organisation auftritt, um so mehr Vorteile wird sie für sich und ihre Mitglieder herauszuschlagen, wenn auch ohne weiteres zugegeben werden soll, daß jeder Teil dabei „Haare lassen“ muß. Das liegt in der Natur der Sache. Daß aber ein vereint-barer Tarif mehr Gewähr bietet hinsichtlich der An-erkennung und Einhaltung als ein erzwungener, sollte füglich doch nicht mehr bezweifelt werden. Ich bin also der Ansicht, daß die Gehilfenvertreter ihre Schuldig-keit voll und ganz getan haben und daß andere an ihrer Stelle auch nicht mehr nach Hause gebracht hätten.

Die Frage, ob es möglich ist, auf dem Wege der Verhandlung einen Tarif ohne Tarifgemeinschaft ein-zuführen, ist also entschieden zu verneinen. Es bliebe somit noch die Frage zu erörtern, ob es möglich ist, einen solchen Tarif event. auf dem Wege der Diktatur zu erzwingen.

Um vorstehenden habe ich diese Frage bereits ver-neint; ich möchte aber hier noch auf ein Moment hin-weisen, das bisher an dieser Stelle noch nicht besprochen worden ist, nämlich auf die öffentliche Meinung. Gesetzt den Fall, es gelingt der Opposition, die starrgebundenen Tarifabmachungen, die doch neben ihren kleinen Un-gerechtigkeiten zweifellos für Zehntausende von Kollegen eine Arbeitszeitverlängerung mit entsprechender Lohn-

erhöhung — (von 6 1/2%, Herr Redakteur, nicht 2 1/2%, wie Sie — wider besseres Wissen — in Ihrem neuesten Flugblatte glauben zu machen suchen!) — involvieren, über den Haufen zu werfen und damit zur Diktatur d. h. zum Streik — denn dies ist die letzte Konsequenz der Opposition — zu drängen, was wird dann das große Publikum, das durch die in den Händen der Prinzipale befindliche oder ihnen dienbare Presse entsprechend auf-geklärt wird, dazu sagen? Bei der 1891er Bewegung ist die öffentliche Meinung mit der offerierten proble-matischen Lohnauflösung von 7 1/2% ja gewiß gefaschelt worden, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen brauchte nur die nackte Wahrheit gesagt zu werden, um unser Vorgehen geradezu brutal erscheinen zu lassen. Denn das große Publikum urteilt meist nur oberflächlich und kümmert sich nicht um Einzelheiten, was „Tarif-gemeinschaft“, weil es davon nichts versteht. Ein großer Streik aber, der die öffentliche Meinung und was alles damit zusammenhängt, gegen sich hat, ist m. E. von vornherein aussichtslos.

Wenn es übrigens möglich wäre, einen Tarif nach dem Geschmack des Herrn Gask durchzubringen, so wären wir damit auf dem Gipfel der proletarischen Be-wegung angelangt. Daß wir aber von diesem Punkte tatsächlich noch sehr weit entfernt sind, glaube ich schon oben nachgewiesen zu haben: denn erstens sind wir keine wohldisziplinierte Organisation — der Redakteur dieses Organs ist dafür ein klassischer Zeuge, denn er hat mit seinem Treiben alle Ordnung auf den Kopf gestellt und jede Unterordnung vernichtet! — und zweitens steht uns keine unorganisierte Masse, sondern wohlorganisierte Ver-treter der höheren Intelligenz — ohne Gänse-füßchen, Herr Redakteur, wie Sie vielleicht zugeben — gegenüber. Die deutschen Buchdrucker würden also, falls sie es mit der „Diktatur“ versuchen wollten, am Anfang vom Ende angelangt doch wieder auf den Weg der Verhandlung gebrängt werden und dann das erkalten, was sie jetzt ablehnen. **Und von einem solchen Fiasko möge die nächste Generalversamm-lung die deutschen Kollegen verschonen.**

Noch eins. „Die Gehilfenvertreter haben ihre Ämter niederzulegen!“ tönt es gelegentlich aus Vereinsver-sammlungen, die mit dem neuen Tarife nicht einverstanden sind. Man ist sich dort wohl der Tragweite derartiger Beschlüsse nicht voll bewußt gewesen und die Aufforderung ist auch nur ausnahmsweise befolgt worden. Und das ist gut so. Denn wenn diesem unüberlegten Verlangen allseits Folge gegeben worden wäre, so hätten die Prin-zipale einfach Neuwahlen ausgesprochen und wir wären auf diese Weise wiederum zur Wahlbeteiligung gezwungen worden oder hätten das Feld der Marke V. d. B. über-lassen müssen. Daß dies nicht angeht, versteht sich von selbst. **Die Generalversammlung möge also auch dieses Moment gebührend würdigen.**

Nach diesen möglichst sachlichen Erörterungen komme ich zum persönlichen, nämlich der Frage, ob der Feldzug des Corr.-Redakteurs gegen die Tarifgemeinschaft, gegen Verbandsvorstand und Gehilfenvertreter berechtigt war oder nicht.

Die Frage ist eigentlich durch obige Ausführungen so ziemlich erledigt und es erübrigt nur, einige Worte darüber hinzuzufügen, wie er geführt wurde. Und so will ich denn gesehen — der Herr Redakteur gestattet doch freien Meinungsaustausch? — daß ich von dem Tag an, an dem der Bericht über die berühmte Leipziger Versammlung mit der urplötzlich schroffen Opposition Gask's erschien, den Corr. nicht ohne ein Gefühl ängst-licher Beklemmung, das sich inzwischen, soweit es sich um die mehrdusendfache Verehrdränderung des Redakteurs selbst handelt, in tiefen Elend verandelt hat, wie ich ihn in den zwanzig Jahren, seit ich den Corr. lese, nie empfunden habe. Ich frage, ist es erkört worden, daß der Redakteur eines Fachorgans achtbare Männer, denen in ungewöhnlicher Weise das Vertrauen von mehr als zwanzigtausend Kollegen ausgesprochen worden ist, Männer, die jahrelang an der Spitze einer kräftig auf-blühenden Organisation gestanden und diese in Sturm und Not um manche Klippe geleitet haben, Männer, mit denen er selbst zum Teil aus engster Befremdung war, als elende, niederrückige Verräter, Lügner und Verleumder hinstellen darf, weil ein Werk, zu dessen Schaffung er (der Redakteur) selbst hervorragenden, thätigen Anteil genommen und dessen Materie ihm besser als einem be-famnt war, nicht ganz nach seinem Wunsch ausgefallen ist? Hätten sich nicht Mittel und Wege finden lassen, die Mängel zu beseitigen, zu mildern, um doch noch etwas Ersprießliches zu schaffen? Statt dessen wirkt er, ein moderner Herodotus lesen Sie, Herr Redakteur, den 1886er Jahrgang „Ihres“ Organs nach, wo Georgi-Bonn, der sich offen gegen die Tarifabmachungen auf-lehnte und dadurch den unglücklichen 1886er Streik ver-anlasste, als ein ebensolcher Beweiskind gekennzeichnet wird — wollen Sie vielleicht eine neue verschlechterte Auflage davon veranlassen?), die Brandstiftung, die Fackel der Zwietracht in den Tempel der Organisation und vernichtete Ordnung, Autorität und Disziplin mit einem Schläge **Möge die Generalversammlung auch dies für die Folge unumgänglich machen** und uns ein ähnliches **trauriges Schauspiel**, wie es gegenwärtig der Corr. uns bietet, ersparen. Möge sie dem Herrn Redakteur zeigen, daß die ruhigen und besonnenen Elemente, die leider meist von den Versammlungen fernbleiben und deren Ansicht deshalb im Corr. gegenwärtig nicht zum Ausdruck ge-langt (Berlin hat etwa 4000 Mitglieder — 700 für Gask,

Stuttgart hat etwa 950 Mitglieder — 150 für Gask usw. usw.), sich nicht von gewissenlosen Hebern — ich sage nicht: besoffenen, doch kommt es im Grunde genommen auf eins heraus! — in den Streik führen lassen. Möge also derjenige Teil der Kollegen, der von gewissen Leuten so gern als „indifferente Masse“ bezeichnet wird, aber gerade bei einer berechtigten Lohn-bewegung noch immer seinen Mann gestellt hat, auf der nächsten Generalversammlung zum Worte kommen und sein Veto gegen ein Treiben abgeben, das in den eignen Reihen so namenlose Verwirrung angerichtet hat. Dann wird — so hoffe ich — in einigen Jahren der Schaden wieder gut gemacht sein und eine neue Kräftigung und Festigung der Organisation, die ihr so not thut, platzgreifen.

Stuttgart, 20. Juni 1896. A. Säuberlich.

Nachträglich sandte uns Herr Säuberlich per Post-karte noch folgende lebenswürdige Korrektur zu seinen Ausführungen: (Bitte höchst den Parenthesesatz auf der letzten Seite meines Artikels „zur Generalversammlung“: „(ich sage nicht: besoffenen, obgleich es im Grunde genommen auf eins herauskommt)“ zu streichen und den Schlußsatz folgendermaßen zu fassen: „... sich nicht von rabulären Elementen zu überleiteten Schritten ver-leiten lassen.“ Ich möchte nicht dazu betragen, daß der Ton des Corr. auf dem tiefen Niveau, das er gegen-wärtig zeigt, erhalten wird. Zudem könnte der Satz zu Mißdeutungen Anlaß geben; ich habe damit nur sagen wollen, daß ein „Besoffener“ etwas thun kann, was man unter Umständen als gewissenlos bezeichnen könnte, wie ein gewissenloser Heber leicht den Eindruck eines Bes-offenen machen kann.)

(Im kulturhistorischen Interesse boten wir unseren Lesern auch diesen Aufsatz. Zur Richtigstellung sei mir erwähnt, daß nach Prinzipalsanktion — S. gibt ja überhaupt nur solche wieder — die Lohnhöhung 6 1/2 Proz. beträgt, die Gehilfen sehen davon bloß 1 1/2 (Gewitzig 2 1/2), denn 5 Proz. absorbiert die halbe Stunde. Der Herr S. sollte wenigstens nicht wieder die dumme Lüge von unserm Anteil an dem „Wert“ aufwärmen, jeder weiß doch, daß wir uns vor Berlin losgesagt. In gewisser Hinsicht den Stöcker zu spielen mag vielleicht nach dem Geschmack des Verfassers sein, nach dem unsrigen nicht. Red.)

Tarif und Verbandsvorstand.

Der Kampf ist auf der ganzen Linie entbrannt! Das Volk, die organisierten deutschen Buchdruckergehilfen, ist in der überwiegenden Mehrzahl mit Regierung und Volks-vertretung unzufrieden. Was geschieht nun? Die aus-direkten Wahlen hervorgegangene republikanische Regierung und Volksvertretung, welche doch die Pflicht haben, dem Willen der Mehrheit des Volkes gemäß zu handeln oder deren Wünsche mindestens **sachlich in Erwägung zu ziehen**, scheut sich nicht, dem Volke einfach zuzurufen: **„Für Feld verfehrt!“** Genau dieselben Männer, die mehr wie einmal laut verkündeten, über ein selbstbewußtes, denkendes Volk zu verfügen, finden es jetzt nicht absurd, sich einzubilden, diese denkenden Männer seien von rabulären Hebern besessen gemacht. Diese Regierung, die durch ihre Unfähigkeit es versummt, sich von der wahren Stimmung zu überzeugen, erklärt jetzt, nachdem sie sich in ihren paradoxen Ansichten festgerannt hat, das **Volk des Volkes nicht für mündig genug**, um über sein Wohl und Wehe selbst zu entscheiden. Oder heißt es etwas andres, wenn der Vorstand in dem an die Mitglieder zur „Aufklärung“ übermittelten ersten Flugblatte schreibt: „... außerdem waren die Verbandsvertreter der Ansicht, daß für denkende Kollegen die Thätigkeit des Redakteurs sich selbst richtet!“ — Damit wird doch klipp und klar gesagt, daß alle jene Kollegen, die sich in ihren Versammlungen mit erdrückender Mehrheit gegen den Tarif erklärten und damit der Handlungsweise des Redakteurs im Prinzip zustimmten, **nicht denken**.

Weiter wird in dem in Frage kommenden Flugblatte ausgeführt, es müsse als selbstverständlich gelten, daß über taktische Fragen die Letztung sich vollständig einig sein müsse, was Artikelschreiber durchaus nicht ein-sehen kann. Warum beruft denn der Vorstand noch eine Gaudvorsitzer-Konferenz nach Berlin, die über das „verantwortliche Treiben des Redakteurs“ Maßnahmen ergreifen soll, also über eine taktische Frage — denn zur Taktik konnte man das „Treiben“ des Redakteurs doch unbedingt rechnen, nachdem so viele große Versamm-lungen sich ihm angeschlossen — Beschluß fassen soll, wenn es ihm von vornherein schon selbstverständlich ist, daß die Letztung einig ist und sein muß. Kann eine Organisation sich gedeihlich entwickeln, wenn die Räte verpflichtet sind, sich unbedingt den Ansichten des Hauptvorstandes unterzuordnen? Kann denn der Vor-stand selbst gar nicht irren? Hätten die Gaudvorsitzer und Gehilfenvertreter ihre Pflicht getan und die Meinung ihrer Wähler, die sie unbedingt kennen mußten und auch sachlich in der Mehrzahl kannten, dem Vor-stande ungeschminkt und rechtszeitig auseinandergesetzt, dann hätte über die Tariffrage kein solcher Streit ent-brennen können, wie es leider der Fall ist. Hat aber unser Vorstand den Willen der Majorität der Mitglieder, die sich oft genug strekte gegen jenen Tarif erklärten, ge-kannt, und somit nur nach seinen persönlichen Ansichten gehandelt, dann wäre er verpflichtet gewesen, schon bei Beginn der Tarifverhandlungen durch Urabstimmung sich

* Von den mit der Tarifgemeinschaft verbundenen weiteren In-stitutionen wie Tarifamt, Arbeitsnachweis siehe ich hier ab, obgleich auch ein Versuch nicht schaden könnte: der „Eimon-Gehilfenrat“ würde sich dieser „Reisen“ möglichenfalls schon wieder zu entledigen wissen!

absolute Gewißheit über Sein oder Nichtsein des Tarifs zu verschaffen. Wenn dann der Ausfall dieser Abstimmung mit den Ansichten unseers Vorstandes nicht in Einklang zu bringen gewesen wäre, dann hätte der Vorstand eben demissionieren müssen. Denn der Vorstand ist doch nur der Mitglieder wegen da und nicht die Mitglieder wegen des Vorstandes.

Unser Vorstand scheint freilich anderer Ansicht zu sein. Trägern fast sämtliche Mitglieder sich dafür auszusprechen, die konstituierende Tariffassung, die auf den 17. Juni angelegt war, bis nach der Generalversammlung zu verschieben, da sie dann wahrscheinlich überflüssig sei, und selbst die Gausvorsteherkonferenz in Berlin beschloß, die Beschließung bei den Prinzipalen zu beantragen, hat die Sitzung nun doch stattgefunden. Kann ein Diktator sich größer und selbstherrlicher dünken, wie es unser Vorstand mit seinen Trabanten thut? Was soll man von einem Manne, der an der Spitze unserer Organisation steht, denken, wenn er meint, der Geist, der jene impulsive Versammlungen in Berlin und Leipzig befehlte, sei nur die Ausgeburt von Besoffenen und heruntergekommenen Elementen. Dann allerdings ist es kein Wunder, wenn man trotz schmächtlichen Glaslos immer und immer wieder auf die leidige Tariffangemeinschaft zurückkommt; denn mit indifferenten, charakterlosen Elementen, die, wie der Artikelführer in Nr. 68 des Corr. behauptet, ihre Meinung für einen Nothbäufer verkaufen, ist allerdings kein aussichtsreicher Kampf zu wagen. Sehen wir uns den betr. Artikel in Nr. 68 einmal etwas genauer an, und wir sehen, wie sich jene Leute die Opposition gegen den Tarif erklären.

Wirlich, man könnte über die Ausführungen des betr. Kollegen lachen, wenn die Sache nicht so tragisch wäre, denn er meint, die ganze Anti-Tariffpartei bestche nur aus drei Kategorien. Erstens diejenigen, die nichts zu verlieren haben, weil sie nicht das Glück hätten, eine feste Stellung einzunehmen; zweitens aus den in Parteidruckereien beschäfftigten Kollegen; drittens aus Schreibern und Kramlern, die für einen Schluß Branntwein den „Krummel“ gern mitmachen thäten. Danach müßten also alle Kollegen, die sich gegen den Tarif erklärten, charakterlos oder unmoralisch sein; denn die letzte Kategorie müßte doch von den beiden ersten bestochen sein. Fürwahr eine sehr kühne Behauptung!

Da frage ich den Artikelführer: „Woher kommt es denn, daß sich in den kleinen Städten, wo keine Parteidruckereien vorhanden und Ausschließbedingungen nur selten vorkommen, so entschiedene Tarifgegner finden?“ Ja, man hat eben eingesehen, daß eine Tariffangemeinschaft mit den Prinzipalen, bei der die Bewegungsfreiheit des Gewerbetreibenden unbedingt leidet, viele Nachteile und wenig oder gar keine Vorteile bringt. Was hat denn die Provinz für Vorteile von der Tariffangemeinschaft? Die Prinzipale, von denen doch nur ein Bruchtheil Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Bereins sind, kümmern sich den Teufel was um Tarif und Koalitionsrecht. Sie denken so gut aus, wie sie können und machen höchstens dann Zugeständnisse, wenn ihnen von einer erprobten, geschlossenen Schar der Fuß auf den Nacken gesetzt wird. Kann aber eine Schar erprobt und geschlossen bestehen, wenn sie vorher jahrelang zur Unthätigkeit geradezu verdammt war? Nein und nochmals nein! Nur dann, wenn wir uns auf den Boden des reinen Gewerbetreibenden, unabhängig von allem Ballast und Ketten stellen, sind wir in der Lage, Konjunktur und sonstige günstige Verhältnisse auszunutzen, um etwas wirklich Positives zu erreichen. Und daß dies geschieht, dafür wird die Generalversammlung, zu der Männer entsandt werden, die nicht wollen, daß unsere stolze Organisation ein Anhängel des Deutschen Buchdrucker-Bereins wird, schon sorgen, dessen kann man gewiß sein.

Barcl (Wl.).

Baut-Wilhelmshaven, 24. Juni. In der gestrigen Berammlung der Mitglieder bildete die demnächstige Generalversammlung namentlich den Stoff zur Verhandlung. Zunächst wurde dem von Marburg gestellten Antrage zugestimmt und dann seitens der hiesigen Mitgliedschaft folgender Antrag dem Vorstand übermittlelt: „Von seiten des Verbandes einen Zentral-Arbeitsnachweis einzurichten und die mögliche Verabfolgung der Karenzzeit für Arbeitslose am Ort im Auge zu behalten. Der Arbeitsnachweis soll mit fortlaufenden statistischen Erhebungen verbunden werden.“ Mit diesem Antrag ist das Projekt des Kollegen Dolinski auf der Berliner Generalversammlung wieder aufgenommen, welches dem Verbands höchst förderlich sein wird.

Bezirk Beuthen i. O.-Schl. (Verpätet). Die Sonntag den 21. Juni am Bezirksvorort abgehaltene außerordentliche Bezirksversammlung war von 60 Mitgliedern besucht. Anwesend waren Kollegen aus den Orten Beuthen, Kattowitz, Kleinwitz, Tarnowitz, Königshütte und Nikolai. Gausvorsteher Schlag-Preßlau, welcher persönlich beigeführt sein wollte, war erschienen und referierte in fast dreiviertelstündiger Rede über die Tariffassung und ihre Nebenbedingungen. In der hierauf folgenden Diskussion beantragte ein Kollege die getroffenen Anmachungen, während sich ein anderer warm den Ausführungen des Referenten anschloß. Eine Resolution wurde nicht gefaßt, da seitens einiger Mitglieder betont wurde, daß diese bisher doch noch nichts eingebracht hätten und auch ein gewisser Zwang auf den Gehilfenvertreter bei einer etwaigen Abstimmung nicht ausgeübt werden solle. Bei der Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung wurde tief bebauert, daß der Bezirk Beuthen i. O.-Schl., als der zweitgrößte im Gau, nicht berücksichtigt worden ist. Eine Resolution fand Annahme, welche gegen die einstellige Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung protestiert und gleichzeitig wünscht, daß der Bezirk Beuthen unbedingt durch einen Delegierten vertreten werde. Zur Wahl vorgeschlagen wurde Kollege Bach-Kattowitz.

B. Berlin. (Bereinsbericht vom 21. Juni.) Zu dieser Berammlung fanden sich über 1500 Kollegen in der Berliner Werkbrauerei ein. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Kollege Salamon, den ersten Punkt von der Tagesordnung abzulesen und dafür einzuschalten: Bericht über die Berliner Gausvorsteher-Konferenz vom 5. und 6. Juni. Er meint, die Zusammenkunft habe das Wohl der Mitglieder gefestigt und hätten letztere auch das Recht zu verlangen, daß ihnen ein ausführlicher Bericht gegeben werde, um sich darüber aussprechen zu können. Der Vorsitzende ersucht, unter Hinweis auf das im Corr. veröffentlichte Protokoll, den Antrag abzulehnen, was unter Beifall der Berammlung mit großer Mehrtheit geschieht. Hierauf macht der Vorsitzende die Mittellungen über die Sitzung des Tarifforschusses, wie sie inzwischen aus dem Corr. bekannt geworden sind. Es sei nun, meint Redner, den Kollegen Zeit gegeben, sich über das Tariffamt usw. zu äußern, an den nötigen Aufklärungen werde es nicht fehlen. Weiter wurde die Berammlung von dem Vorkommnis in der Köbelschen Offizin in Kenntnis gesetzt. Dortselbst wurde der Vertrauensmann entlassen, weil er angeblich mit einigen Kollegen zusammengekommen und eine Preße genommen haben soll; in Wirklichkeit handelt es sich darum, die älteren Kollegen, die für Ordnung im Geschäft waren, zu entlassen. Sämtliche Kollegen, 22 Sezer und ein Drucker, erklärten sich mit ihrem Vertrauensmann solidarisch und stellten die Arbeit ein. Leider, und das ist bezeichnend für die heutige Kampfsituation, haben 48 „Kausretzer“ das ausländische Personal verlobständig. Sieben Mitglieder, die bei K. in Arbeit traten, wurden ausgeschlossen. Ferner wurden die Zustände in der Buchdruckerei von Wendts & Mößner, Neue Friedrichstraße, geschildert: es arbeiten daselbst zehn junge Leute als Sezer für 16 bis 20 Mk., der Faktor erhält 21 Mk., weiter wurde auf ein Inserat im Votallanzeiger hingewiesen, in welchem als Faktor für eine Druckerei ein gewandter Sezer gesucht wird, der schnell umbrechen und sicher disponieren kann, aber auch selbst mit sezen muß — für 22 Mk. Sodann macht der Vorsitzende auf die im September stattfindenden Generabergleichswahlen aufmerksam. Psticht eines jeden Kollegen im Alter von über 26 Jahren sei es, sich an den Wahlen zu beteiligen. Formulare zur Einzelnennung in die Wählerlisten sind auf der Verwaltung in Empfang zu nehmen. Die Einzelnennung muß bis zum 29. Juni vollzogen sein. Für die ausgeperrten Drukker wurden auf Antrag des Vorstandes 500 und für die ausländigen Angeestellten der Privatpost 150 Mk. als Unterstützung bewilligt. Eine Aufstellung weist nach, wie der Verein von anderen Gewerkschaften seit dem 1. Januar bis zum heutigen Tage in Anspruch genommen wurde: Es wurden an Unterstützungen 8000 Mk. und an Darlehen 11000 Mk. gewährt. In der Diskussion wendet sich Labuhn zunächst gegen Giesede, welcher den Nachgänger der letzten allgemeinen Berammlung nicht nachgekommen wäre. In dieser Berammlung wurde mit 202 gegen 174 Stimmen eine Resolution angenommen, wonach der Gehilfenvertreter sein Mandat niederzulegen hätte. Der Gehilfenvertreter hätte berücksichtigen müssen, daß die Kollegenchaft kein Interesse an den weiteren Verhandlungen hat. Giesede meint, daß er sein Mandat nicht von 202, sondern von über 4000 Kollegen durch Urabstimmung erhalten habe. Gatten die 202 Kollegen kein Interesse an den Verhandlungen, so wäre es doch seine Pflicht gewesen, die übrigen Wähler zu vertreten.

Diesen Standpunkt habe er auch in der allgemeinen Berammlung vertreten. Er werde sein Mandat niederlegen, wenn die Kollegen es durch Urabstimmung verlangen. Bei den Verhandlungen am 17. Juni trat er für Bertragung bis nach der Generalversammlung ein, als die Prinzipale aber die Einführung des Tarifs in Frage stellten und er befürchtete, daß den 8000 Kollegen, welche die Vorteile bereits genießen, dieselben wieder genommen werden könnten, wollte er nicht die Verantwortung tragen und hielt es für seine Pflicht, den Verhandlungen beizuwohnen. Sollte ein kleiner Teil der Kollegen nicht befriedigt sein, so glaube er doch seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben, wie er stets bestrebt war, für das Wohl seiner Kollegen zu wirken. (Anhaltender Beifall.) Balsam nimmt Zentralvorstand und Gehilfenvertreter gegen die in letzter Zeit gefallenen Verordnungen in Schutz. Redner glaubt, daß die Buchdrucker an ihrer alten bewährten Organisation festhalten und den bisherigen Weg weiter wandeln werden. (Beifall und Widerspruch.) Rosenthal stellt folgende Resolution und begründet dieselbe: „Die heutige Berammlung, durchdrungen von der Erkenntnis des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, kann in dem sogenannten Zugeständnisse der Prinzipale, Tariffamt, Schiedsgericht, Arbeitsnachweise vorläufig fallen zu lassen, die Dauer des Tarifs auf fünf bzw. drei Jahre und die Kündigungsfrist aber zu belassen, ein Aufgeben der Tariffangemeinschaft nicht erblicken und erwartet die Berammlung von ihren Vertretern auf der Generalversammlung die Ablehnung dieser Fessel für die Mitglieder des Verbandes. Die Berammlung sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Interesse des Verbandes nicht besser gewahrt werden kann, als wenn ihm zu jeder Zeit die Selbstständigkeit im Handeln garantiert ist.“ Unter Jubel der Berammlung wird diese Resolution abgelehnt. Auf Beschluß der Berammlung wurde der erste Punkt verlassen und zur Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung geschritten. Im Auftrage des Vorstandes ersucht Wachs, um beiden Richtungen Rechnung zu tragen, 26 Kandidaten, und zwar 13 für und 13 gegen die Tariffangemeinschaft, aufzustellen. (Beifall.) Wenz empfiehlt eine von ihm aufgestellte Liste. Es seien dieses zum größten Teil ältere, in der Bewegung bekannte Kollegen, von denen er mit Bestimmtheit annehmen könne, daß sie für das Wohl der Organisation wirken würden. Mehrere (Maschinenmeister) empfiehlt, auch einige Drucker bei der Aufstellung zu berücksichtigen. Es wären hierzu in seinem Fachvereine vier Kollegen, und zwar zwei für und zwei gegen die Tariffangemeinschaft, in Vorschlag gebracht. Gedrücke empfiehlt, nur solche Kandidaten aufzustellen, die sich gegen die Tariffangemeinschaft erklären. Döblin bemerkt, daß die unsittigen Beschuldigungen und Angriffe, denen er in letzter Zeit ausgesetzt sei, nichts erreicht, er wisse sich mit der Gesamtleitung des Verbandes eins in dem Bewußtsein, das Beste der Kollegen erstrebt zu haben. Redner kritisiert dann das Galsche Flugblatt, welches dessen Gemeinheiten die Krone aufsetze. Galsch wundert sich, daß der Verbandsvorstand in seinem Flugblatte die Tariffangemeinschaft nicht rechtfertigt; daß sel eben das Bescheidende der Lage, daß der Verbandsleitung seitens Galschs Verrat durch Erstreckung dieser Tariffangemeinschaft vorgeworfen werde, während der Vorstand sich nicht einmal bemühe, dieselbe zu empfehlen, sondern die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung ruhig den Kollegen überlasse. Ebenso beweiße die Einführung des Tarifs ohne gleichzeitige Annahme des sogenannten Tariffamtes, daß auch die Galschen Schreygeißler über die Vertragspaßabsichten, worauf dessen ganzes Vorgehen aufgebaut, eitel Humbug seien. Was seine (Redners) Person anbetreffe, so wisse die Kollegenchaft, daß er stets einen vermittelnden Standpunkt eingenommen. Er werde immer Bereinbarungen vorziehen, wenn dadurch Tausende von Existenzen vor dem wirtschaftlichen Ruine bewahrt werden können. (Stürmischer Beifall.) Aus dieser seiner Auffassung habe er niemals ein Hehl gemacht und die Generalberammlungen hätten ihn mit diesem Programm gewählt. Zum Schluß wendet sich Redner in warmen Worten an die Berammlung und ersucht sie, nicht irgend einer Person zuliebe, sondern im Interesse unserer legerstreich wickenden Organisation Männer zu wählen, die den Verband weiter bauen und nicht zertrümmern wollen. (Anhaltender Beifall.) Auf Verlangen der Berammlung wird zur Abstimmung über die aufzustellenden Kandidaten geschritten. Ungefähr zehn Redner waren noch eingezogen, als ein großer Teil der Berammlung Schluß, während ein anderer Teil die Fortsetzung der Debatte verlangt. Der Annullist ist so groß, daß der Vorsitzende sich veranlaßt sieht, die Berammlung zu schließen.

S.-R. Bonn, 24. Juni. Die am 21. Juni, vormittags 11 Uhr, in Mayen abgehaltene zweite diesjährige Bezirksversammlung, zu der etwa vierzig Kollegen erschienen waren, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Heybinger. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Stegerner Bezirksversammlung erstattete der Vorsitzende einen kurzen Bericht über das abgelaufene Quartal. Von einer Besserung der Lage der Gehilfenchaft innerhalb unseers Bezirks ist nach demselben blutwenig zu merken. Zwar hat z. B. die Universitätsdruckerei von Karl Georgi in Bonn den 1878er Tarif fallen lassen und den 1890er eingeführt (die laufenden Zeitschriften werden jedoch nach wie vor zum 1878er Tarife berechnet), sich aber für das Zugeständnis durch eine bedeutende Mehrreinstellung von Beßrungen entschädigt. (Nach dem Stande vom 9. Mai d. J. beschäftigte die Firma 30 Ge-

hilfen [16 Mitglieder und 23 Nichtmitglieder] neben 14 Beirathen.] Ein besonderes Gesandtes wurde den Gehilfen durch Einführung einer Dampfhebe zu teil! — Die Drucker von Wwe. Bach mußte für die Mitglieder in Folge der noblen Bezahungsweise und der üppig wuchernden Beirathenwirtschaft geschlossen werden. Ebenso kam es in der Druckerlei des Generalanzeigers, hauptsächlich wegen nicht tarifmäßiger Bezahlung der Leberstunden. Mitglieder zählte der Bezirk Ende 4. Quartal 1895 103, Ende 1. Quartal 1896 89, mithin eine Abnahme von 14 Mitgliedern. Kollege Gussone-Koblenz berichtete über die Lage am dortigen Platze. Wenn dieselbe auch keine rosige zu nennen sei, so verwehre er sich doch ganz entschieden gegen die von „oben“ kommenden Schlagwörter, wie „Mutlosigkeit“ u. dergl. Trete an die Koblenzer Mitgliederschaft die Aufforderung, „auf dem Platze“ zu erscheinen — dann ständen alle Mann an Bord. (Bravo!) Sodann wurde die durch Beschluß einer Ortsversammlung in Bonn der Witwe des verstorbenen Kollegen Schröder-Köln bewilligte Unterstützung von 25 Mark aus der Bezirkskasse nachträglich genehmigt. Nach dem Berichte des Kassierers beglückte sich die Einnahmen pro 1. Quartal 1896 zur Haupt- und Gausasse einschließlich eines Vorwurfs von 279,68 Mk. auf 1439,68, die Ausgaben an Unterstützungen, Verwaltungskosten usw. auf 1009,48 Mk., an den Gausassier wurden bar abgehändelt 230,20 Mk., zurückbehaltenen Vorwurf 200 Mk. = 1439,68 Mark. Ueber die kombinierte Bezirksversammlung in Düsseldorf referierte Kollege Schneider und gab in möglichst sachlicher und unparteiischer Weise ein Bild der sechsständigen Verhandlungen. In der nachfolgenden Diskussion wurde der Bericht von den Kollegen Heydinger-Bonn und Gussone-Koblenz ergänzt resp. einige sich einschließende Streitpunkte aufgeklärt. Bei Besprechung über die momentane Bewegung waren alle Redner darin einig, daß die Tarifabmachungen mit all ihrem faulen Fritzeleien unbedingt zu verwerfen seien, mithin die sachliche Kampfesweise des Corr.-Redakteurs anerkannt werden müsse. Das Resultat der Diskussion bildete die bereits in Nr. 72 des Corr. veröffentlichte Resolution. Gelegentlich der Aufstellung eines Kandidaten zur außerordentlichen Generalversammlung (die Wahl fiel auf den Bezirkskassierer Kollegen Meyer, der sich gegen die Tarifgemeinschaft erklärte) wurde bedauert, daß auf den Generalversammlungen die Mitglieder des Bezirks Bonn nie durch einen aus ihrer Mitte gewählten Kandidaten vertreten gewesen sind. Die Einführung von Quittungsbüchern auf Kosten der Bezirkskasse im Bezirk Bonn (Antrag des Ortsvereins Bonn) wurde beschlossen und als Ort für die nächste Bezirksversammlung Bendorf bei Koblenz gewählt. — Unter „Beschließenes“ besprach Kollege Straßfeld-Koblenz eine im Prinzip sehr wichtige Angelegenheit, nämlich die Enttragung einer verübten Freiheitsstrafe ins Verbandsbuch. Wegen der vorgerückten Zeit wurde von einer Beschlusfassung abgesehen, dem Kollegen aber privatim geraten, die Angelegenheit ihrer besonderen Wichtigkeit wegen der außerordentlichen Generalversammlung in Halle zu übermitteln. Zum Schluß forderte der Vorsitzende nochmals die anwesenden sieben Mayener Nichtmitglieder auf, dem Verbands beizutreten. Kollege Wiesen-Rayen sprach sich über den Verband zwar sehr sympathisch aus, behauerte aber, daß es den Mayener Kollegen zur Zeit unmöglich sei, beizutreten. (Mit dem eigentlichen „Warum“ rüden die Herren nie so recht heraus.) Er schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker, worauf von seinen des Vorsitzenden die Bezirksversammlung mit einem Hoch auf die Solidarität der Buchdrucker gegen 5 Uhr nachmittags geschlossen wurde.

Ergebnis-Vogelnd. (Berichtigung.) Im Gausassberichte muß es heißen 15 Pf. Gaussteuer (statt 50 Pf.), ferner ziemlich am Schluß des Berichtes Schumann statt Schumann.

Frankfurt a. D., 25. Juni. Der am Sonntag dem 21. Juni dahier abgehaltene Bezirkstag nahm eine Resolution dahingehend einstimmig an, daß sich der Bezirkstag gegen jede Tarifgemeinschaft ausspricht, in Bezug auf die schwebenden Differenzen zwischen Corr. und Vorstand den Delegierten inbeffen freie Hand läßt. Als Kandidat wurde einstimmig Kollege Rappay aufgestellt.

Glogau. Die letzte hier abgehaltene Versammlung des Ortsvereins beschäftigte sich u. a. auch mit dem unerquicklichen Streite zwischen Zentralvorstand und Corr.-Redakteur. In der lebhaft gepflogenen Debatte hierüber sprach jedoch nur ein Kollege zu Gunsten Gasschs, während alle übrigen Redner das Verhalten desselben scharf verurteilten und für den Zentralvorstand sowie die Gehilfenvertreter warm eintraten. Von irgend welcher Beschlusfassung in dieser Angelegenheit wurde Abstand genommen. — Am verfloffenen Sonntag feierte die hiesige Mitgliederschaft das Johannisfest durch einen Ausflug der Wäldewagen nach Gramschütz-Bermersdorf. — Am Dienstag, dem 23. d. M., fand im Schützenhause hier selbst eine öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter, mit der Tagesordnung: 1. Ziel und Zweck der Gewerkschaftsorganisation; 2. Stellungnahme zum graphischen Kartell, statt. Als Referent war der Vorsitzende des Verbandes der Lithographen und Steinbrücker, Herr Sillier-Berlin, erschienen. Derselbe legte in einem halbständigen Rede in klaren Worten die Ziele der Gewerkschaftsorganisation dar, besonders betonend, daß die Organisationen nicht dazu da seien, Streiks zu inszenieren, sondern vielmehr solche zu verhindern und Lohn- und Arbeitsbedingungen auf friedlichem Wege

zu bessern zu suchen. Nach Beendigung des Vortrages wurde eine Resolution im Sinne des Referenten angenommen. Zum zweiten Punkte erklärte der Referent, daß man auf der Konferenz in Berlin am 9. Mai beschließen habe, vorläufig nur eine gemeinsame Kasse ins Leben zu rufen und zwar mit einem Beitrage von 30 Pf. pro Mitglied und Quartal. Aus dieser Kasse sollen bei Lohnbewegungen die im Kartell vereinigten Branchen unterstützt werden, doch erst wenn ein Fonds von 30000 Mk. angeammelt sei. Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, schloß der Vorsitzende unter Worten des Dankes für das zahlreiche Erscheinen von Angehörigen aller graphischen Branchen die Versammlung.

-y. Bezirk Hagen. Auch hier in Hagen macht sich langsam die Tarifbewegung bemerkbar. Einer Ortsversammlung am vorigen Sonnabend folgte am letzten Sonntag eine außerordentliche Bezirksversammlung mit den drei Punkten: 1. Tarifbewegung, 2. Generalversammlung und 3. Beschließenes. In der letzten Versammlung zeigte sich wieder einmal die „rege“ Anteilnahme der hiesigen Mitglieder. Die Versammlung war von sage und schreibe 25 Mann aus Hagen besucht bei einem Mitgliederstande von 54! Als Referent zum ersten Punkte der Tagesordnung hatte sich noch in letzter Stunde Herr Wettenwoorth aus Essen angemeldet, der denn auch in beinahe einständiger Rede sein Verhalten und Handeln bei den Tarifabmachungen zu rechtfertigen suchte. Neu war nur die Mitteilung, daß sämtlichen Prinzipalen und Gehilfen der neue Tarif in Plakat- und Buchform „zur offenen Kundgebung“ zugehen sollte! In der folgenden Diskussion wurde dem Referenten allenthalben entgegengetreten. Mitterweile waren zwei Resolutionen eingelaufen, welche beide mit großer Mehrheit angenommen wurden und folgenden Wortlaut hatten: 1. Die heutige Versammlung protestiert energisch gegen jede Tarifgemeinschaft mit Kartell und Schiedsgericht und fordert eventuell die Einführung eines Tariffs in allen Städten gleichmäßig, ohne Unterschied der Einwohnerzahl. 2. Des fernern erklärt sich die Versammlung mit der Schreibweise des Correspondenten einverstanden, abgesehen von den gegenwärtigen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Gassch und Döblin und Genossen und wünscht das Prinzip der modernen Arbeiterbewegung gewahrt. Nachdem noch der neue Schachzug von seiten unserer „Herren Führer“ (offene Vorlegung des Tariffs zur Unterschrift) die genügende Würdigung gefunden hatte, ging man zum zweiten Punkte der Tagesordnung: Generalversammlung, über. Hierzu wurde nach ebenfalls sehr erregter Debatte folgende Resolution fast einstimmig angenommen: Die heutige außerordentliche Bezirksversammlung des Bezirks Hagen beantragt mit der Mitgliederschaft Warburg, § 18 Abs. 3 des Statuts zu streichen und dafür zu setzen: In wichtigen Fällen hat der Vorstand eine Urabstimmung zu veranlassen. Darauf schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Solidarität die Versammlung, welche beinahe sechs Stunden gedauert hatte.

? Hamburg. Anfrage an die Herren Wettenwoorth, Domine, Giesede, Klapproth, Knie, Raß, Verhäufer, Schlag, Döblin, Eisler. „Wollen Sie uns bitte einmal vorrechnen, wie Sie in Hamburg mit 22,50 Mk. (das Minimum beträgt hier 26,25 Mk. nach dem neuen Tarif bei etwa 2,75 Mk. Beiträge für Verband und Krankenkasse) eine Familie von 4—6 Köpfen ernähren wollen. Haben Sie in Ihrem Leben schon einmal damit haushalten müssen? Sie alle verdienen in den letzten fünf Jahren die Gesamtsumme von etwa 100 000 Mk. — Rejn Minimumseker dagegen in Hamburg die Gesamtsumme von etwa 60000 Mk., mithin verdienen Sie also ein Mehr von etwa 40000 Mk., nun damit läßt sich schon ganz gut rechnen. Nun sollen wir uns in 13 Jahren vor und rückwärts gerechnet mit einer Aufbesserung von etwa 50 Pfg. begnügen, während die Lebenshaltung notorisch um 20 Proz. gestiegen ist. Darin liegt eben der Konfens, den Sie mit geschaffen haben. Wir haben die feste Ueberzeugung, würden Sie vom Schicksal bestimmt sein von einer Minimumfondition in die andere wandern zu müssen, nie und nimmer würden Sie einen solchen Tarif und noch dazu auf fünf Jahre mit helfen geschaffen haben. Sie haben es doch für Ihre eigene Person fertig gebracht bei noch dazu bequemer Lebensstellung ein hohes Einkommen zu beziehen. Minimumseker Deutschlands schenkt in Zukunft euer Vertrauen nicht immer hoch besoldeten Kollegen. Also rücken und kämpfen wir weiter, der Tag kommt über Nacht, wo wir fordern und auch itegen werden, sobald alle Kollegen auf dem Posten sind und es auch ehrlich meinen mit den schlecht entlohneten Kollegen; sind wir einzig in dem Ziele „einer für alle und alle für einen“, dann muß uns unsere Forderung: neunständige Arbeitzeit einschl. 1/2 Stunde Frühstück- und Besperpause und 15 Proz. Lohnserhöhung werden. Hoch der Verband! Hoch die Solidarität!

Ve. Rassel, 21. Juni. Bereits am 13. Juni fand hier eine Bezirksversammlung statt, um über den Streitfall des Zentralvorstandes contra Gassch ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Das Referat hierüber hatte Kollege Albert Hartmann übernommen, welcher mit Gassch scharf ins Gericht ging und dessen Handlungsweise vollständig verurteilte. Die von 90 Mitgliedern besuchte Versammlung tritt hiernach für und wider, kam aber zu keinem Resultat, indem der Referent seine gefasste Resolution die zu Gunsten des Zentralvorstandes lautet, zurückzog weil der Saal sich inzwischen, nachts 2 Uhr, bedeu-

geleert hatte und der Ausdruck der Kassier Mitglieder nicht vollständig erbracht sei. Auch von der andern Partei wurde gewünscht, daß die Allgemeinheit ihr Votum abgibt und hiernach beschließen, in einer weiteren Versammlung am Sonnabend dem 20. Juni zum Beschluß zu kommen. Zu dieser Versammlung sah sich der Bezirksvorstand veranlaßt, den Gehilfenvertreter E. Domine einzuladen. Erschienen waren über 100 Mitglieder. Kollege E. Domine berichtete nun eingehend vom Gange der Bewegung bis zur Schlusssitzung am 17. Juni und gab der größere Teil der Anwesenden während der Ausführungen des Redners, wozu derselbe verschiedentlich in dieser Versammlung Veranlassung nahm und bei welchen er gleichzeitig das Verhalten des Corr.-Redakteurs gegenüber dem Zentralvorstand einer scharfen Kritik unterzog, ihren Beifall zu erkennen. Es entstand hiernach eine bis gegen nachts 2 Uhr dauernde Debatte, in welcher für und gegen eine Tarifgemeinschaft gesprochen und die Anhänger des Zentralvorstandes und die Gasschs für ihre Meinung betreffs des Streitfalles energisch eintraten, während von anderer Seite aber auch gefordert wurde, daß beide Teile zum Wohle des Verbandes ihre persönlichen Empfindungen bis zur Generalversammlung zurückstellen möchten. Bei der hiernach stattfindenden Abstimmung, vor welcher sich bereits wieder eine Anzahl Mitglieder entfernt hatten, wurde die vom Kollegen Hartmann wiederum eingebrachte Resolution: „Die heutige Versammlung bedauert die Haltung des Corr.-Redakteurs, des Herrn Gassch, gegenüber dem Zentralvorstand und den Gehilfenvertretern, indem dieselbe nicht annehmen kann, daß der Zentralvorstand und sämtliche Gehilfenvertreter das Vertrauen, welches in sie gesetzt wurde, mißbraucht hätten. Die Versammlung spricht vielmehr dem Zentralvorstand und den Gehilfenvertretern ihr volles Vertrauen aus und hofft, daß dieser unerquickliche Streit so bald als möglich beendet wird, um einer Spaltung der Gehilfen innerhalb des Verbandes vorzuzugeln.“ Die Resolution wurde mit 50 gegen 33 Stimmen angenommen. Die Wübunger Mitglieder hatten ihre Ansichten schriftlich übermittelt. Derselben sind Gegner der Beschlässe. Betreffs des Streitfalles erkennen sie an, daß der Corr.-Redakteur zwar im Rechte mit seiner Warnung, aber doch zu persönlich wurde. Der Vorsitzende verlas noch eine von den Wübunger Mitgliedern überreichte Erklärung, in welcher dem Zentralvorstand und Gehilfenvertretern trotz des wenig Erreichten das vollste Vertrauen und Dank gezollt wird. Der vom Corr.-Redakteur provozierte Streit habe nur den Zweck, die Mitglieder gegen den Zentralvorstand zu erregen und denselben zu stürzen. — Für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung wurden zwei Kandidaten für, und zwei Kandidaten gegen eine Annahme des Tariffs einstimmig aufgestellt und allseitig hervorgehoben, daß Rassel für dieses Mal auf einen Delegierten den vollsten Anspruch habe. — In der Versammlung am 13. Juni sah sich die Mitgliederschaft veranlaßt, neben einigen anderen Resolutionen auch wiederum gegen die Drucker des Volksblattes (Arbeiterblatt) für Hessen und Waldeck, Eckert & Hiller, wegen Neffen den Antrag auf Ausschluß zu stellen, nachdem der Redakteur Paul John denselben Blattes im November v. J. bereits ausgeschlossen war.

Wainz, Am 21. d. M. fand hier eine Bezirksversammlung statt, welche nach Entgegennahme des Berichtes über die Reiskasse des Monats Mai Stellung nahm zu der einberufenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes. Kollege Haas ging auf die Tarifbewegung ein und wandte sich in der Hauptsache gegen Gassch, dem er die Verfechtung persönlicher Interessen zum Vorwurfe machte. Kollege Garrafin trat dem Vorredner in Bezug auf dessen Ausführungen betreffs der Tarifgemeinschaft entgegen, verurteilte jedoch das rigorose Vorgehen Gasschs ebenfalls, aber zu einem Vorgehen sei derselbe immerhin berechtigt gewesen. Nachdem noch einige Redner teils für, teils gegen eine Tarifgemeinschaft gesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Bezirksversammlung erkennt die durch die Tarifverhandlungen sich ergebenden Vorteile an, trotzdem dieselben als sehr minime bezeichnet werden müssen, verurteilt dagegen die so wenig sachliche Agitation des Redakteurs Gassch, da die Versammlung der Ansicht ist, daß, wenn unserer Organisation Gefahr drohte, dieses auf andre Art und Weise als geschähen hätte abgewendet werden können. Es wäre dadurch vermieden worden, daß ein Keil in die organisierte Gehilfenchaft getrieben wurde. Die Versammlung hofft bestimmt, daß die außerordentliche Generalversammlung Mittel und Wege findet, um einen Ausgleich zwischen Zentralvorstand und Redaktion herbeizuführen, da dieses der einzige Weg ist, um den Zwiespalt so schnell als möglich zu beseitigen.“ Hiernach wurden noch fünf Kollegen unserer Gaus als Kandidaten nominiert. Der Punkt „Beschließenes“ mußte der vorgerückten Zeit wegen zurückgestellt werden.

Weslunger-Vöcker. Bericht über die Verhandlungen des außerordentlichen Gausages in Wismar am 21. Juni.) Herr Schumacher als Vorsitzender des Ortsvereins Wismar begrüßte die erschienenen Delegierten und wies mit herzlichen Worten, woran sich ein gut einstudierter und befallig ausgenommener Gesangsbeitrag der Wismarner Kollegen angeschlossen. Anwesend waren 15 Delegierte, welche 240 Mitglieder vertreten. Der Gaus wurde um 10^{1/2} Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Bäder-Schwerin, eröffnet und von demselben zugleich